

Die Kohlenversorgung.

1917

Die zweite Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung in dieser Woche brachte in der Hauptsache eine Debatte über die Kohlenversorgung. Für den Tiefbau- und Finanz-Ausschuß berichtete Stadtv. Hené (Sp.) über die bereits erwähnten sozialdemokratischen Anträge. Die Mehrheit des Ausschusses erklärte sich mit den getroffenen Maßnahmen des Magistrats, die mittlerweile veröffentlicht worden sind, einverstanden und stimmte folgendem Antrag zu:

Die Anträge der Herren Dr. Quard und Genossen durch die Maßnahmen des Magistrats als erledigt zu erklären. Die Stadtverordneten-Versammlung sieht dem Vorschlag des Magistrats über Einführung der Bezugsscheine entgegen.

Der Magistrat hat sich ferner damit einverstanden erklärt, den Gaseinheitspreis sofort nach Beendigung der Kohlennot in Angriff zu nehmen. Mit diesen Beschlüssen sind auch die Eingaben der vereinigten Bezirksvereine erledigt.

Der Magistrat erklärt noch, daß er der Anregung auf Abschaffung von Rabatten für den Bezug von Leuchtgas, die von einem Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung durch eine Eingabe begründet wurde, erst nach Aenderung des Gasvertrages näher treten kann.

Die vereinigten Ausschüsse ersuchen die Stadtverordneten-Versammlung sich gleichfalls mit den Beschlüssen des Magistrats einverstanden zu erklären.

Stadtv. Hund (Sp.) empfiehlt, den Bericht nochmals an die Ausschüsse zurückzuweisen. Dem wurde zugestimmt.

Stadtv. Lion (nl.) begründet seine dringliche Anfrage wegen Zuteilung von Koks. Er brachte Beschwerden vor, daß trotz Bezugskarten kein Koks abgegeben wurde. Der Redner erklärte selbst, daß die Anfrage infolge des neuerlichen Magistratsbeschlusses gegenstandslos geworden sei.

Stadtrat Dr. Siller ist der Ansicht, daß es sich lediglich um eine Kohlenbeförderungsnot handle infolge Störung des Schiffsverkehrs. In normalen Zeiten kämen 98 Prozent Kohlen zu Schiff nach Frankfurt. Nicht weniger schwierig war die Beförderung innerhalb Frankfurts. Es ist jetzt eine Zentralisierung des Transportes am Hauptbahnhof eingerichtet worden. Von der Bürgerschaft sind zahlreiche Anregungen gekommen. Eine weitgehende Verbrauchsbeschränkung war dringend notwendig geworden. Bis heute sind 4184 Zentner Kohlen auf Bezugskarte ausgegeben worden. Der eiserne Bestand der Stadt — 100 000 Zentner Hausbrand — wurde angegriffen. Bis jetzt wurden 22 000 Zentner an Kleinhandler abgegeben. Auch die Vorräte des Elektrizitätswerkes, die etwa 120 000 Zentner betragen, sollen teilweise zur Verfügung gestellt werden. Kohlenhändler haben um Beschlagnahme gebeten, um die vielen Sorten dieser Zeit los zu werden. Von diesen Vorräten ist nichts beschlagnahmt worden, dagegen hat man den Gasloß für die ärmere Bevölkerung beschlagnahmt. Es ist alles geschehen um durchhalten zu können.

Stadtv. Dr. Quard (Sp.) spricht sich für eine gewisse Kohlenrationierung aus, für eine genaue Bestandsaufnahme und empfiehlt die Verteilung der Vorräte. Immer noch herrsche Lichtverschwendung, z. B. bei der Abendbeleuchtung der Sportplätze.

Stadtrat Dr. Siller legt dar, daß eine Kohlenbestandsaufnahme bei Privaten niemals genau sein könne. Eine Verteilung der Vorräte sei unmöglich.

Stadtrat Franke schildert die Schwierigkeiten einer Rationierung des Gasverbrauches.

Stadtv. Dr. Heilbrunn (Sp.) weist auf die Erklärung des Eisenbahnministers hin, daß der Wagenmangel bereits behoben sei. Die internationale Lage sei es wohl, welche die gegenwärtigen Verhältnisse verurteile. Beschränkungen wegen wirklichen Kohlenmangels seien unbedeutend. Die Kälteperiode sei überraschend gekommen, sodaß die Vorräte nicht ausreichten. Der Magistrat habe im großen und ganzen mit gleichmäßiger Energie eingegriffen, doch solle man mit der Schließung von Betrieben nicht zu weit gehen. Eine Schließung industrieller Betriebe würde doch Tausende von Arbeitern treffen. Bei dem Kohlenausgleich in Berlin müsse bewirkt werden, daß ein neuer Verteilungsplan aufgestellt werde, um eine größere Zuteilung zu erzielen.

Stadtv. Lion (nl.) stellt den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, im Einverständnis mit der Gasgesellschaft dahin zu wirken, daß der § 11 der Bestimmungen während der Kriegszeit außer Geltung gesetzt wird. Es handelt sich um Abattingewährung an den Großabnehmer.

Stadtrat Franke erklärt es für unmöglich, kurzerhand einen solchen Beschluß zu fassen.

Stadtv. Wedel (Sp.) empfiehlt die Verweisung des Antrags an den Finanzausschuß. Mit der Einführung des Gaseinheitspreises seien alle Faktoren einberufen. Vorüber den Zeitpunkt sei man sich nicht einig. Der Einheitspreis, der ein Durchschnittspreis sein würde, bedinge eine Senkung des Gaspreises, die gegenwärtig gerade die Hinterbenedigten treffe.

Stadtv. Dr. Singheim (Sp.) ist der Ansicht, daß das Verteilungsproblem im Vordergrund des Interesses stehe. Bei

der Verteilung haben Mißstände geherrscht, auch jetzt bei der Verteilung durch die Kohlenhändler herrsche Anarchie. Man solle, wie beim Milchhandel, eine G. m. b. H. errichten.

Stadtrat Dr. Siller tritt für das System der Zugiehung der Kleinhandler ein.

Oberbürgermeister Voigt verteidigt die Maßnahmen des Magistrats.

Nach dem Schlusswort des Stadtv. Hené (Sp.) wurde der Antrag Lion dem Magistrat überwiesen. Den Ausschußanträgen wurde zugestimmt.